

Gegen das eigene politische Lager: Die Krise der SPD.¹

von Daniel Gardemin und Heiko Geiling

Zum Ergebnis der Bundestagswahl 2009

Mit Verblüffung müssen die Wählerinnen und Wähler zur Kenntnis nehmen, dass nach dem 27. September 2009 die verantwortlichen Wahlverlierer der SPD behaupten, alles richtig gemacht zu haben. Die SPD, so Steinmeier, habe schließlich nach links weniger verloren als nach rechts, die Rente mit 67 sei eben Mathematik und somit schlichte Wahrheit. Es gebe, so Steinbrück, keinen Grund, die erfolgreichen Positionen der SPD-Regierungsarbeit aufzugeben, und außerdem, so Müntefering, müsse die SPD jetzt nach vorn schauen, statt vom Quatsch der Selbstreinigung der Partei zu reden. Ob in der Springer-Presse, im SPIEGEL oder in DIE ZEIT, unisono scheinen die Wahlverlierer mit Hilfe von Legenden alles daran zu setzen, an ihren sozialen und politischen Verkennungen festhalten zu wollen. Gegen diese fast schon als Selbsthypnose zu fassende Unbeweglichkeit der etablierten Parteilite und gegen das beschränkte Kurzzeitgedächtnis des Boulevards und des politischen Feuilletons, die offenbar nichts mehr fürchten als ein handlungsfähiges politisches Lager jenseits von Union und FDP, gestatten wir uns einige Anmerkungen zum historisch einzigartigen Wahldebakel der SPD, zu dessen Vorgeschichte und zur Frage der politischen Lagerbildung.

Wahldebakel kurz gefasst

Die SPD hat 2009 nur noch 64 Bundestagswahlkreise gewinnen können. Gegenüber der auch nicht gerade erfolgreichen Wahl von 2005 wurden 81 Wahlkreise verloren. Ein Minus von 11,2 Prozentpunkten wie jetzt 2009 hatte es für eine Partei bei Bundestagswahlen noch nie gegeben. Mit je knapp fünf Prozentpunk-

ten hatte die SPD jeweils bei den Bundestagswahlen 1983 und 2005 bereits die höchsten Verluste. Die Bundestagsfraktion schrumpft nun gegenüber 2005 noch einmal um 76 Sitze und besteht aus 146 Abgeordneten.

Wahlanalysen² verweisen insbesondere auf hohe Verluste in den jüngeren Altersgruppen: bei den 18- bis 24-jährigen minus 20 Prozent, bei den 25- bis 34-jährigen minus 16 Prozent. Selbst bei der Bundestagswahl 2005 hat die SPD in der jüngsten Altersgruppe noch 38 Prozent erhalten, 2009 nur 18 Prozent. Die jungen Frauen wählen mittlerweile zu 19 Prozent die Grünen und nur noch zu 18 Prozent die SPD. Das beste Ergebnis konnte die SPD noch bei den über 60-jährigen mit 27 Prozent erzielen. In Ostdeutschland (mit einer Wahlbeteiligung von 64,8 Prozent (minus 9,5 Prozent; Westdeutschland minus 6,2 Prozent auf 72,3 Prozent) hat die SPD die Hälfte der Wähler von 2005, als sie dort noch stärkste Partei war, verloren. In 13 von 16 Bundesländern verlor die SPD 2009 zweistellig: in Sachsen-Anhalt minus 15,9 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern minus 15,2 Prozent; in Sachsen jedoch „nur“ minus 9,9 Prozent, in Bayern und im Saarland jeweils minus 8,6 Prozent. In Nordrhein-Westfalen, wo 2010 Landtagswahlen anstehen, erzielte die SPD überdurchschnittliche (!) 28,5 Prozent, die CDU kam auf 33,1 und die FDP auf 14,9 Prozent. Wie schon bei nahezu allen Landtagswahlen seit 2003 sind die prozentualen Stimmenverluste der SPD insbesondere in den Großstädten durchweg erheblich, sei es in Leipzig und Berlin (jeweils minus 14,1), Hannover (minus 15,3), Dortmund (minus 15,2), Duisburg (minus 14,0), Braunschweig (minus 15,8) oder Oldenburg (minus 16,7).

¹ Vgl. dazu Heiko Geiling (Hg.), Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Münster 2009.

² Vgl. Infratest Dimap, Wahltagsbefragung vom 27.9.2009.

Volkspartei am Ende?

Wahldebakel dieser Größenordnung verzeichnet die SPD auf Landesebene schon seit 2003. Wenn es jetzt in der verblüffenden Selbstwahrnehmung der SPD-Parteiführung heißt, dies sei vor allem auf den aussterbenden Typus der Volkspartei zurückzuführen und nicht auf die eigene, d.h. der mathematischen Logik verpflichteten Politik, wird ausgeblendet, dass die eigene Volkspartei von eben dieser Parteiführung weitgehend beschädigt worden ist. Werden neben den immensen Stimmenverlusten der SPD seit 2003 vor allem auch deren ernüchternde Mitgliederverluste (1990 noch 943.000 Mitglieder; Anfang 2003 noch 650.000, d.h. minus 30 Prozent zu 1990; schließlich im September 2009 noch 513.000 Mitglieder, d.h. minus 45 Prozent zu 1990 bzw. minus 22 Prozent zu 2003) berücksichtigt, lässt sich ohne weiteres behaupten, dass nie zuvor eine Partei jemals einen solchen Vertrauensverlust in der eigenen Mitgliedschaft und in der Bevölkerung erlitten hat.

Zur Erinnerung: Das Ausmaß dieses Vertrauensverlustes wurde insbesondere nach dem 14. März 2003 offensichtlich, als SPD-Kanzler Schröder seine als „Agenda 2010“ gefasste Konzeption einer Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Berlin vorstellte. Es handelte sich dabei um die konsequente Folge des in der SPD seit dem Rücktritt ihres Vorsitzenden Lafontaine nicht ausgehandelten Streits zwischen sogenannter Marktorientierung und sozialer Gerechtigkeit. Dieser Konflikt wurde in einem geradezu dezisionistischen Akt der engsten SPD-Parteiführung entschieden und von vielen Parteimitgliedern, Gewerkschaftern und Wählern als Preisgabe der sozialen Gerechtigkeit empfunden, die nach wie vor als der ureigene programmatische Kern der Sozialdemokratie wahrgenommen wird. Ohne innerparteiliche Diskussion und ohne eine diese Entscheidung begleitende konsistente Politik und Vermittlung nach außen war mit dieser grundlegenden Ver-

schiebung des sozialdemokratischen Koordinatensystems das Fünfparteiensystem auch in Westdeutschland angekommen. Die ostdeutsche Regionalpartei PDS und die sozialdemokratische Abspaltung WASG mit Oskar Lafontaine schlossen sich als „Die Linke“ zusammen. Die gleichzeitigen Mitgliederverluste der SPD sind nachweisbar³ auf massive Parteiaustritte von Mitgliedern aus den mittleren Arbeitnehmermilieus zurückzuführen, die sich in ihren politischen und moralischen Überzeugungen von der SPD geführten Regierung nicht mehr vertreten fühlten. Es handelte sich dabei um für den innerparteilichen Zusammenhalt der Partei wichtige und auch in ihrer Funktion als basisorientierte ‚Kümmerer‘ und Vermittler sozialen Kapitals notwendige Mitglieder. Sie sind in der Regel einer Modernisierung des Sozialstaats nicht grundsätzlich abgeneigt, weigern sich aber, die als traditionell sozialdemokratisch empfundenen Werte der Solidarität und Gerechtigkeit gerade für jene technokratische Parteilite in Berlin zu opfern, die mit der SPD als Mitgliederpartei ohnehin nicht mehr viel im Sinn hat.

Bis heute konnte diese Demobilisierung der eigenen Partei von den dominierenden Gruppen in der SPD weitgehend verdrängt werden, obwohl gerade deren Vertreter des rechten SPD-Flügels an den Wahlniederlagen der letzten zehn Jahre massiv beteiligt waren.⁴ 2003 verlor Gerhard Bökel, mit Jürgen Walter als Wahlkampfleiter, bereits 10,3 Prozent, Sigmar Gabriel verlor im selben Jahr in Niedersachsen 14,4 Prozent. Wolfgang Clement, im Jahr 2000, und Peer Steinbrück, im Jahr 2005, verloren in Nordrhein-Westfalen insgesamt 8,9 Prozent. Und auch die Verluste von Gerhard Schröder im Bund 2002 und 2005 summieren sich auf immerhin 6,7 Prozent. Erfolgreiche Alternativen zu Schröders Politik wurden sys-

3 Vgl. Stephan Meise, „... wozu die Sozialdemokratie eigentlich verpflichtet wäre“ – Verprellte Mitglieder, Parteiaustritte und die Vertrauenskrise der SPD, in: Heiko Geiling (Hg.), a.a.O., S.113-158.

4 Vgl. Horst Peter, Mathias Lomb, Mit Programm und Glaubwürdigkeit Wahlen gewinnen – Die Landtagswahlen in Hessen 2008 und 2009, in: Heiko Geiling, a.a.O., S.197-230.

tematisch ausgegrenzt. Der in der Geschichte der SPD einzigartige bzw. handstreichartige Sturz des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck durch die Wahlverlierer von 2009 sollte noch in Erinnerung sein. 2006 hatte Kurt Beck mit 45,6 Prozent die absolute Mehrheit in Rheinland-Pfalz erringen können, weil es ihm offenbar gelungen war, die große Mitte der konservativen und modernen Arbeitnehmergruppen durch eine identitätsstiftende Sozialpolitik des vorsorgenden Staats zu erreichen.

Beck, der sich landespolitisch in Distanz zur Agenda-Politik der Berliner Parteilite orientierte, erging es damit nicht anders als Andrea Ypsilanti in Hessen. Sie hatte es gewagt, sich auf dem SPD-Parteitag von 2003 als Gegne-



Foto: www.photocase.de, © view7

rin der von Schröder, Steinmeier und Müntefering erzwungenen Politik der Agenda 2010 zu behaupten. Der sogenannten Reformpolitik ihrer Parteiliten in Berlin stellte sie dann bei den hessischen Landtagswahlen 2008 ihr alternatives Politikkonzept entgegen. Mit 36,7 Prozent der Stimmen konnte sie einen Großteil der von Bökel und Walter zuvor verlorenen Stimmen für die SPD zurückholen. Ihr Versuch der programmatischen Integration der Parteiflügel scheiterte nicht zuletzt am Widerstand jener Parteifreunde, die dann auch für den Sturz des Parteivorsitzenden Kurt Beck verantwortlich waren. Ypsilanti hatte in ihrem Wahlkampf 2008 aber deutlich machen kön-

nen, wie die SPD als moderne Volkspartei verlorenes Vertrauen zurückgewinnen kann. Ihre integrierende Leitformel zielte darauf, soziale und ökologische Gerechtigkeit durch eine der Nachhaltigkeit verpflichtete Wirtschaftspolitik zu erreichen. Mit Rainer Domisch als einen der Architekten des vielgepriesenen Schulsystems in Finnland und mit Hermann Scheer als einen Protagonisten der ökologischen Energiewende wurden glaubwürdige und die Mitte der Gesellschaft erreichende Repräsentanten gesellschaftlich-politischer Reformforderungen gewonnen. Der anschließende Wahlerfolg basierte auf einer erfolgreichen Mobilisierung in der Nichtwählerschaft und im rot-grünen Wählersegment für einen konkreten Politikwechsel in Hessen. Die vor der Wahl von Ypsilanti gemachte Absage an ein Bündnis mit der Linkspartei sollte die Hürde für taktische Linkswähler erhöhen und zugleich den rechten Parteiflügel integrieren. Der nach der Hessenwahl von 2008 über die Landespartei hereinbrechende Kampf gegen eine rot-grüne Minderheitsregierung nahm die Gestalt einer modernen Hexenverfolgung an. Die Unterminierung von Ypsilantis Glaubwürdigkeit sowie die Verunglimpfung von Scheer erfolgte unter Beteiligung des rechten SPD-Flügels in einer bis dahin noch nie da gewesenen Politmobbingkampagne und verhinderte die Ablösung der CDU-Regierung unter Roland Koch.

Die hessische SPD unter Ypsilanti hatte 2008 exemplarisch zeigen können, wie entgegen der vielbeschworenen These vom Ende der Volksparteien die Sozialdemokratie wieder mobilisierungsfähig gemacht werden kann. Mit der dabei gelungenen politischen Repräsentation unterschiedlicher sozialer Milieus konnte die SPD bis in die Gemeindeparlamente und Kreisräte hinein für eine neue rot-grüne Bildungs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mobilisieren. Es gelang ein gesellschaftlich-politischer Aufbruch, der von unterschiedlichen Interessenverbänden bis hin zu den Gewerkschaften und Naturschutzverbänden in begleitenden Kampagnen gestützt wurde.

Wähler der Arbeitnehmermilieus konnten aus der Nichtwählerschaft und von der CDU zurückgewonnen werden, und Wähler der modernisierten und gut qualifizierten Milieus kamen von den Grünen zur SPD zurück, weil ein glaubwürdiges Alternativmodell zur Berliner Politik der Agenda 2010 zur Wahl stand. Wenn allerdings jeder Versuch, das rot-grüne Projekt und die gesellschaftlich-politische Mobilisierung der Willy-Brandt-Zeit im Sinn einer sozialen Moderne zu erneuern, mit klassisch autoritärer Feindbildpolitik und bürokratischem Zentralismus beantwortet wird, ist das Prinzip der Volkspartei und damit auch die Erneuerung der SPD ohne Chance. Dass es sich dabei um realistische Chancen handelt, zeigt der Blick auf die politische Lagertreue der sozialen Milieus.

Stammwähler und Wählerwanderungen: Lagertreue Milieus

Der Blick auf die Bundestagswahlergebnisse und auf die Verteilung der Wahlberechtigten seit den 1990er Jahren zeigt eine größere Stabilität der beiden großen politischen Lager als gemeinhin angenommen. Im Längsschnitt der absoluten Wähleranteile seit 1994 weisen CDU und FDP ihren höchsten gemeinsamen Wert 1994 mit 37,7 Prozent auf, ihren niedrigsten 1998 mit 33,6 Prozent der Wahlberechtigten.⁵ Die Spannbreite beträgt 4,1 Prozentpunkte. SPD, Grüne und Linke/PDS erreichten 1998 das beste gemeinsame Ergebnis mit 42,7 Prozent, ihr schlechtestes 2009 mit 31,9 Prozent der Wahlberechtigten. Geht man von einer Ungleichverteilung der politischen Präferenzen im Nichtwählerlager aus, wie der Wählerabstrom von 4,5 Prozentpunkten von SPD und Linke zu Sonstigen und Nichtwählern zur Bundestagswahl 2009 nahe legt, so bleibt die Schwankungsbreite des Anteils im linken politischen Lager auch deutlich unterhalb von

10 Prozentpunkten der Wahlberechtigten über die letzten fünf Bundestagswahlen.

Die Stabilität der Lager ist auf die Lagertreue der sozialen Milieus zurückzuführen, die zwar teilweise innerhalb der politischen Lager wechseln oder mittels Stimmensplitting Themen und Koalitionen zu beeinflussen suchen, in ihrem Kern jedoch ihren habitualisierten Gesellschafts- und Politikbildern treu bleiben. Innerhalb dieses Wertespektrums, in dem nicht nur die alten Cleavages und die daraus entstandenen Parteibindungen nachwirken, sondern auch neue Fragen sozialer, ökologischer und globaler Ungleichheit bewertet werden, müssen sich auch die Hauptströmungen der Parteien, ihre politische Praxis und Koalitionsoptionen wiederfinden. In welcher Weise die Parteien auf das politische Wertespektrum ihrer Milieus angewiesen sind, zeigt ein cursorischer Blick auf die Parteien und ihre Wählerschaft:⁶

Im gesellschaftlichen Raum vertreten in der kulturell und ökonomisch privilegierten oberen Mitte und höher die Grünen das Bildungsbürgertum und die Avantgardemilieus. Ihr politisches Spektrum umfasst postmaterialistische, radikaldemokratische und kosmopolitische Werte, vertreten von modernen Freiberuflern, gehobenen akademischen Angestellten der Wissens- und Kulturberufe, die vormals der SPD nahe standen und heute als Vertreter des rot-grünen Projekts gelten. Von dort aus streuen die politisch progressiven Werte weit in das linke politische Lager hinein. Die Grünenwähler vertreten den Anspruch, über die ökologische Frage übergreifend gesellschaftspolitische Probleme lösen zu können. Sie haben sich als städtische Klientelpartei mit einem stark überdurchschnittlichen Frauenanteil fest etabliert. Die Grünen können auch habituell mit einer wertkonservativen CDU Bündnisse eingehen, werden dann aber

5 Im Unterschied zum relativen Anteil werden für die absoluten Stimmenanteile nicht die gültigen Wahlstimmen sondern die Wahlberechtigten einschließlich der Nichtwähler hinzugezogen.

6 Vgl. Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2002: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/Main, S. 429ff.

Foto: www.photocase.de, © Crammbo



nur über messbare politische Erfolge auf Dauer ihre fortschrittlichen Kräfte halten können.

Die Widersacher der Grünen in den oberen Milieus der Gesellschaft sind die Freiberufler und gehobenen Dienstleister des Besitzbürgertums, deren politischen Werte eher auf die Wahrung der eigenen ökonomischen und ständisch geprägten Privilegien ausgerichtet sind. Diese werden überdurchschnittlich von der FDP vertreten. Im Gegensatz zu den Grünen vertrauen die wirtschaftsliberalen Teile der Besitzbürgermilieus auf ökonomische Selbstheilungskräfte und erachten staatliche Steuerung als Eingriff in die Freiheit des Individuums. Die Werte der FDP streuen weit in die bürgerliche Mitte, so dass vor allem Unionswähler aber auch konjunkturell SPD-Wähler erreicht werden. Zwischen Grünen und Linken findet praktisch kein Austausch statt.

In den kleinbürgerlichen Milieus unterhalb der gehobenen FDP-Klientel befindet sich die Domäne der Union. Sie vertritt hauptsächlich die konservativen kleinen und mittleren Beamten und Angestellten, einen Großteil der ländlichen Bevölkerung aber auch einen Teil der Facharbeiter. Ihre gesellschaftspolitischen Werthaltungen reichen von teilmodernisierter Toleranz über ordnungspolitisch-paternalistische Vorstellungen bis hin zu enttäuscht-autoritären Mustern. Die Union kann mit ihrer wertkonservativen Grundhaltung das gesamte Spektrum der kleinbürgerlichen Milieus einbinden. Als Schutzmacht der kleinen Leute bildet sie auch für SPD-Wähler eine Alternative.

Ihr gegenüber steht die SPD, die ebenfalls mittlere, aber auch ökonomisch prekäre Milieus der Gesellschaft vertritt. Die Anteile der Facharbeiter und der einfachen und qualifizierten Angestellten in den arbeitnehmerisch geprägten Milieus der SPD sind überdurchschnittlich hoch. Im Gegensatz zu den ordnungspolitischen Werten der Union und den ökonomistisch geprägten Zielen der FDP orientieren sich die sozialdemokratischen Milieus an sozialintegrativen Werten. Über Bildungs- und Aufstiegswege in der Nachkriegszeit haben sich die unterprivilegierten Arbeitermilieus unter der Schutzmacht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einen gleichberechtigten und gesicherten Platz in der Mitte der Gesellschaft erkämpfen können und damit die Erfahrung gesellschaftlicher Solidarität verinnerlicht. Neben den solidarischen Grundüberzeugungen sind in den sozialdemokratisch geprägten Milieus mehr und mehr auch skeptisch-distanzierte Einstellungen anzutreffen, die sich in Wahlenthaltung und Protestwahl ausdrücken.

Die Linke hat in Westdeutschland den Protest der mittleren und prekären Milieus aufgreifen können und vertritt damit ähnliche Milieus wie die SPD. Hinzu kommen Teile der avantgardistischen und hedonistischen Milieus, die sich von SPD und Grünen sozial- und außenpolitisch nicht mehr vertreten sehen. In Ostdeutschland stehen die durch die Gesellschaftstransformation benachteiligten ehemaligen Arbeiter- und die Funktionärsmilieus der Linken nahe. Die Linke weist insgesamt einen überdurchschnittlich hohen Männeranteil auf.

In den nachstehenden Abbildungen sind die Parteien in einer schematisierten Darstellung des sozialen Raumes ihrer hauptsächlichlichen Lager- und Milieuzugehörigkeit zugeordnet.⁷ Dabei erstreckt sich sowohl das linke als auch das konservative politische Lager auf der vertikalen

7 Vgl. Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar 2002: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/Main, S. 61ff.

Achse von den unterprivilegierten bis zu den gehobenen Lagern, d.h. die Distanzen der Parteien zueinander bilden auch die sozialräumliche Nähe oder Ferne der Milieus zueinander ab.⁸ Gleichzeitig werden in den Abbildungen die absoluten Proportionen von Parteien und Nichtwählern bezogen auf die Summe aller Wahlberechtigten dargestellt. Jeweils ein abgebildeter Quadratzentimeter steht für rund eine Million der etwas mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten. Neben den fünf Parteien befinden sich auf dem Raumbild die Sonstigen, mehrheitlich vertreten durch Parteien, die eher dem konservativ-rechten Lager zuzurechnen sind sowie die Nichtwähler und diejenigen Wähler, die ungültige Wahlscheine abgegeben haben. In der Summe stellt die gesamte Abbildung die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten dar.⁹ Der Vorteil dieser Darstellung, die den gesellschaftlichen Raum, die Parteien, die Wählerstimmen und die Nichtwähleranteile abbildet, liegt in dem deutlich erkennbaren Verhältnis der Parteien und Lager zueinander.

Das erste Raumbild (Abb. 1, s. S. 20) stellt die Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 dar. 1998 war die SPD die Gewinnerin der Bundestagswahl. Sie konnte allen Parteien Stimmen abnehmen und ihren Anteil gegenüber der Bundestagswahl 1994 von 28,4 Prozent auf 33,2 Prozent steigern. Die SPD bezog ihren größten Stimmenzuwachs mit 2,2 Prozentpunkten von der Union, gefolgt mit 1,9 Prozentpunkten aus dem Nichtwählerlager und jeweils 0,4 Prozentpunkten von den Grünen und von der FDP.¹⁰ Die Union erreichte nur noch 28,5 Pro-

zent der Wahlberechtigten, nachdem sie 1994 noch von 32,3 Prozent gewählt worden war. Sie verlor fast ausschließlich an die SPD, dazu noch 0,4 Prozentpunkte an die Sonstigen. Für Grüne und FDP gab es gegenüber 1994 kaum Veränderungen. Die Grünen erreichten 5,4 Prozent (minus 0,3), die FDP 5,1 Prozent (minus 0,3). Die PDS, der noch junge Vorläufer der Linken, konnte ihr Ergebnis von 1994 um 0,7 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent der Wählerstimmen steigern. 90 Prozent der Stimmen kamen dabei aus Ostdeutschland.

Zur Bundestagswahl 2002 (Abb. 2) wanderten die zuvor von der SPD aus dem konservativen Lager gewonnenen Stimmen wieder vollständig zurück: 2,0 Prozentpunkte an die Union, 0,6 Prozentpunkte an die FDP. Auch die Grünen bekamen 0,8 Prozentpunkte zurück und selbst die Nichtwähler wurden wieder von der SPD mit 0,5 Prozentpunkten bedacht. Auch die PDS gab ins Nichtwählerlager 1,4 Prozentpunkte ab. Insgesamt profitierten 2002 Grüne, Union und FDP von den Verlusten der SPD und der PDS, allerdings nur in dem Maße, wie sie 1998 Stimmen an die SPD verliehen hatten. Auch der Anteil der Nichtwähler stieg 2002 wieder nahezu auf das Niveau von 1994, das bei 22,3 Prozent der Wahlberechtigten lag.

Die Bundestagswahl 2005 zeigt (Abb. 3), dass der Anteil der kleinen Parteien und der Nichtwähler zu Lasten der Volksparteien nochmals anwuchs. Die SPD verlor wiederum am stärksten: nochmals 1,0 Prozentpunkte an die Union, 1,6 an die Linke und 0,6 an die Nichtwähler. Die Union verlor 1,8 Prozentpunkte an Leih- und Wechselstimmen an die FDP und selbst 0,5 Prozentpunkte an die Linke.

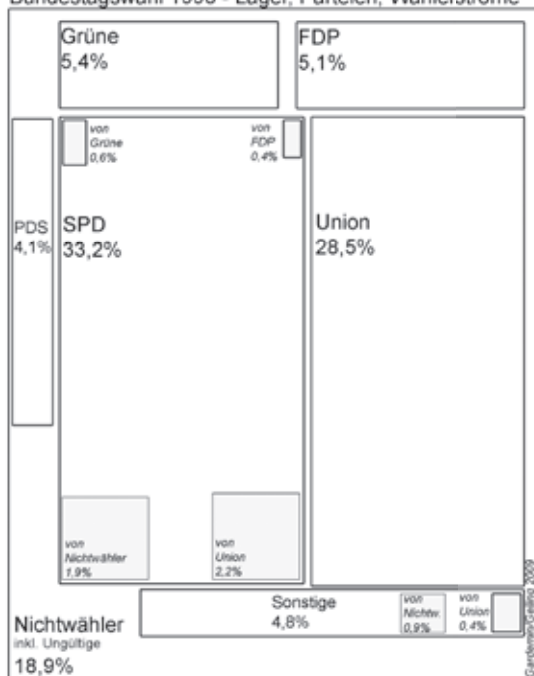
Die Bundestagswahl 2009 (Abb. 4) führte zu weiteren Verlusten für beide Volksparteien. Vor allem vor dem Hintergrund des gestiegenen Anteils der Nichtwähler schrumpfte der proportionale Anteil der großen Parteien, allen voran der der SPD, erheblich. Bei 30,2 Prozent Nichtwählern konnte die SPD nur noch 16,1

8 Selbstverständlich befinden sich bspw. nicht sämtliche Grünwähler im oberen Fünftel der Gesellschaft, doch der Übersichtlichkeit halber sind die Parteien in den Abbildungen nicht weiter unterteilt worden.

9 Ca. 9x7 Zentimeter entsprechen 63 Quadratzentimetern bei 62,13 Millionen Wahlberechtigten zur Bundestagswahl 2009.

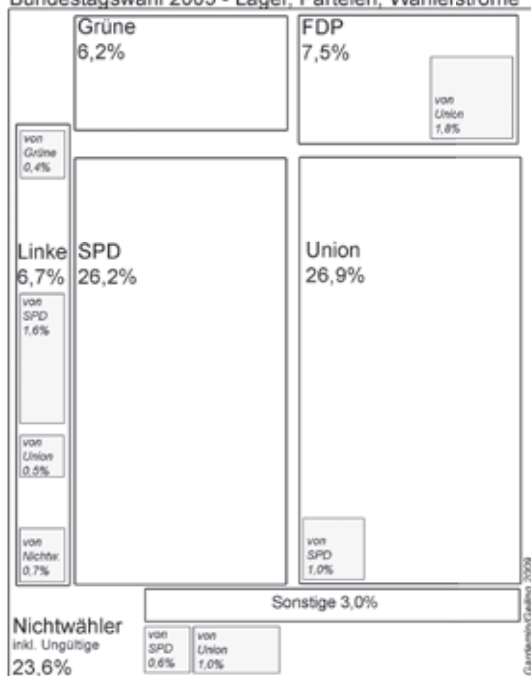
10 Wählerwanderungen ermöglichen ein sehr genaues Stimmungsbild der Wahlentscheidungen für den Wahltag. Mittels Wahlnachbefragungen können Stichproben erreicht werden, die die Zwischenwahldemoskopie für so genannte Sonntagsfragen und andere Erhebungen um mehr als ein fünfzigfaches übersteigen. In der Regel werden allerdings in der medialen Berichterstattung und der kurzfristigen Nachwahlanalyse die Wanderungsströme überhöht, erhofft der Betrachter doch, in den Zu- oder Abwanderungen eine Erklärung für das gute oder schlechte Abschneiden einer Partei erkennen zu können. Der viel größere Teil der nichtwechselnden Stammwähler bleibt dabei häufig unberücksichtigt. Alle Angaben beruhen auf den Wahltagsbefragungen von infratest/dimap (Wahlreport 1998, 2002, 2005, 2009).

Abb. 1
Bundestagswahl 1998 - Lager, Parteien, Wählerströme



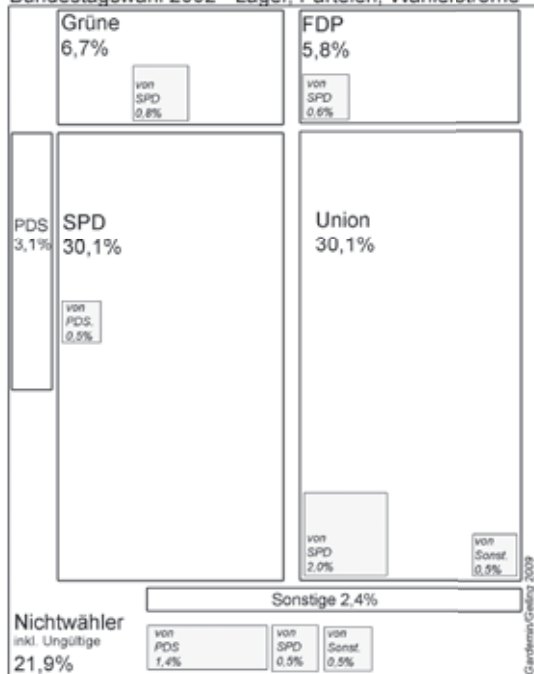
Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 1994, vgl. Infratest/dimap 1998
Wahlberechtigte: 60762751

Abb. 3
Bundestagswahl 2005 - Lager, Parteien, Wählerströme



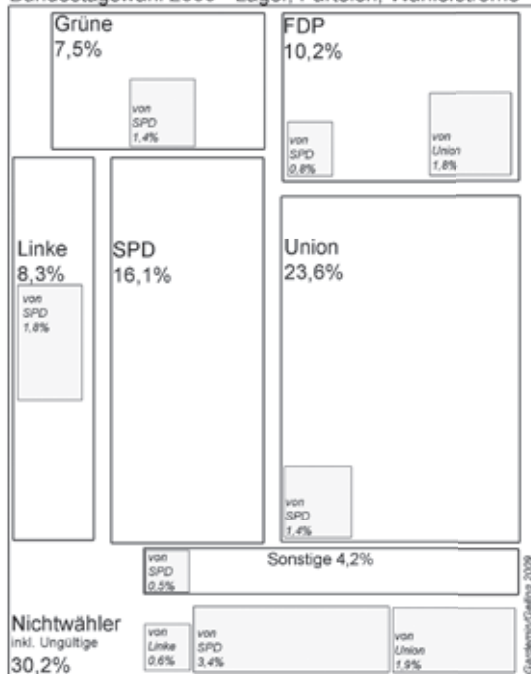
Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 2002, vgl. Infratest/dimap 2005
Wahlberechtigte: 61870711

Abb. 2
Bundestagswahl 2002 - Lager, Parteien, Wählerströme



Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 1998, vgl. Infratest/dimap 2002
Wahlberechtigte: 61432668

Abb. 4
Bundestagswahl 2009 - Lager, Parteien, Wählerströme



Wählerwanderungssalden: Gewinne >0,4% gegenüber Bundestagswahl 2005, vgl. Infratest/dimap 2009
Wahlberechtigte: 62130442

Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinen. Sie gab 3,4 Prozentpunkte ins Nichtwählerlager ab, 1,8 an die Linke, 1,4 an die Grünen, 1,4 an die Union, 0,8 an die FDP und 0,5 an die Sonstigen. Die Union verliert 1,9 Prozentpunkt an die Nichtwähler, 1,8 an die FDP.

In der Summe konnte die Union seit 1998 über die vorangegangenen Wahlen 2,5 Prozent der Wahlberechtigten von der SPD an sich binden, verlor aber gleichzeitig 4,1 Prozentpunkte an die FDP und 3,3 Prozentpunkte an die Nichtwähler. Die SPD verlor neben den 2,5 Prozent an die Union 2,9 Prozent an die Linke, 2,3 Prozent an die Nichtwähler, 1,8 Prozent an die Grünen und 1,0 Prozent an die FDP. Die größten Verluste haben die Volksparteien damit innerhalb ihres eigenen Lagers und gegenüber den Nichtwählern zu beklagen. Der Austausch zwischen den Lagern liegt im Saldo bei lediglich 3,5 Prozent der Wahlberechtigten über die vergangenen fünf Wahlen. Oder anders ausgedrückt: Von dem 1994 von der SPD erreichten Wählerkontingent von rund 17 Millionen Stimmen hat die SPD an Union und FDP 2,2 Millionen Stimmen verloren. An die Linkspartei und die Grünen gingen im gleichen Zeitraum 3 Millionen Stimmen, dazu noch 1,7 Millionen in das Nichtwählerlager.

Für eine erneuerte Sozialdemokratie mobilisierbar: Das sozialintegrative und das radikal-demokratische Lager

Auch wenn die Wählerwanderungssalden nicht die einzigen Kennziffern darstellen und im Längsschnitt nicht identifizierbare Ringtauschbewegungen stattfinden¹¹, so sprechen die Relationen doch für sich. Erstens ist die Volatilität, gemessen an den 60 Millionen Wahlberechtigten, nicht ausgesprochen hoch und zweitens ist der Austausch zwischen den poli-

tischen Lagern nur halb so groß wie die Wanderungen innerhalb des eigenen politischen Lagers und dem Nichtwählerlager. Studien über Wahlverhalten in Partei- und Merkmals-hochburgen nach politischen Ansichten und nach Alter und Geschlecht unterstreichen die These der Lagertreue.¹²

Am Beispiel der FDP und der Grünen, die seit dem Einzug der Grünen in die Parlamente praktisch keinen Wähleraustausch haben, wird zudem deutlich, wie stabil die Wertmuster der Milieus sind. Historisch betrachtet sind die Entstehungsprozesse der Grünen und der Linkspartei in Westdeutschland auf Modernisierungs- und Verjüngungsprozesse klassischer SPD-Milieus zurückzuführen, die in der Partei keine Handlungsoptionen erringen konnten. Die SPD hat sich bis heute schwer getan, die neuen Parteien als Teil der eigenen Milieufamilie anzuerkennen. Die Geschichte von Rot-Grün zeigt: Der Phase der Nichtbeachtung folgten Beschimpfungen, Diffamierungen und Versöhnung, bis 1998 schließlich eine Interessenkoalition gefunden wurde, die über eine sachlagenorientierte Zweckgemeinschaft weit hinausging. Zeitgleich mit der Befriedung des rot-grünen Konflikts verlor die SPD jedoch ihren sozialintegrativen und gewerkschaftsorientierten Flügel zu einem erheblichen Teil an die Linkspartei. Damit geriet die SPD als Schutzmacht der Arbeitnehmermilieus in eine doppelte Konkurrenzsituation nach rechts und nach links. Zugleich ging ihr mangels ausgewogener Flügel der sozialpolitische Kompass abhanden. Die Folge war eine regelrechte Implosion der SPD nach 1998, in deren Folge 10 Millionen Wählerstimmen verloren wurden. Der SPD kamen die von der rechten Mitte neu gewonnenen 1,8 Millionen Wählerstimmen doppelt wieder abhanden (minus 3,7 Millionen Wählerstimmen zu CDU und FDP). Entscheidende 1,8 Millionen Stimmen aus der Kernwählerschaft der linken Mitte wanderten

¹¹ Den größten Wanderungsstrom über den Untersuchungszeitraum erzielte die SPD 1998 mit einem Zustrom aus dem Unionslager von 2,2 Millionen Wählern. Ob dieser Zustrom bereits 2002 wieder als Abstrom zur Union oder auch zur FDP zu saldieren ist, oder ob andere Wanderungsbewegungen stattgefunden haben, hätte mit Paneldaten erhoben werden müssen.

¹² Vgl. Martin, Andreas/Buitkamp, Martin/Gardemin, Daniel/Meise, Stephan/Schwarzer, Thomas 2009: Bundestagswahl 2009 in der Region Hannover, Hannover (www.wahlbericht-hannover.de).

zur Linkspartei ab. Die Grünen, die bereits nahezu vollständig ihre Stimmen über die letzten 30 Jahre aus der SPD erhielten, konnten zwischen 1998 und 2009 nochmals 1,5 Millionen Wählerstimmen aus der arrivierten SPD-Klientel abwerben. Im Wartestand sind zudem noch die 2,8 Millionen ins Nichtwählerlager abgewanderten Sozialdemokraten, die aus Überzeugung weder die CDU, noch die Linke und auch nicht die Grünen als Alternative sehen.

Nur durch die massive Wahlenthaltung von ehemaligen SPD-Wählern konnte überhaupt eine schwarz-gelbe Regierungsmehrheit gegen eine bislang nominell linke Mehrheit möglich werden. Denn auch das schwarz-gelbe Lager ist von 1994 bis 2009 von 23 Millionen Wählern auf 21 Millionen geschrumpft. Es besteht für die SPD die Gefahr, dass eine starke und gut organisierte Linke und ein neuer moderater städtische Konservatismus die SPD vollständig aufreiben. Zum ureigenen Thema der sozialen Gerechtigkeit sind keine modernen, glaubwürdigen oder gar visionären Ideen entwickelt worden. Nur über eine, wie in Ansätzen bei der Hessenwahl 2008 gefundene, moderne Antwort auf die soziale Frage können auch skeptische sozialdemokratische Wähler aus dem Nichtwählerlager zurückgeholt werden. Das Kernthema der Sozialdemokratie, sozialen Ausgleich mit den Bedingungen der modernen Arbeitsgesellschaft zu verbinden, ist nach wie vor die die sozialdemokratischen Milieus umspannende Klammer. Der neue soziale Deal darf aber nicht als eine technisch-ökonomistische Veranstaltung politischer Eliten verstanden werden, sondern muss die Milieus von Beginn an mitnehmen.

Die Kunst, mit diesen Milieus gemeinsam eine Reformpolitik zu entwickeln, hat die Sozialdemokratie in ihren prosperierenden Zeiten immer verstanden. Sicherheit der Arbeitsplätze und Mitbestimmung, Bildung und Qualifikation, innere und äußere Sicherheit, Ökologie und neue Technologien, Menschenrechte und Globalisierung, Gesundheit und Rente

werden in den Politik- und Gesellschaftsbildern der sozialen Milieus jenseits von Union und FDP ähnlich definiert, und zwar immer vor dem Hintergrund der sozialen Integration, der Gerechtigkeit, der demokratischen Legitimität und der ökologischen Nachhaltigkeit. Hier hat es die SPD versäumt, auf alte Fragen neue Antworten zu finden und dabei mehr und mehr an Integrationskraft eingebüßt, Themenfelder freigegeben und letztlich aufgegeben, ihre ureigenen sozialdemokratischen Milieus zu re-präsentieren. Die kulturelle Avantgarde, qualifizierte Facharbeiter, städtische Dienstleister, Sozial- und Bildungsberufsgruppen, einfache Angestellte, temporär Arbeitslose, untertariflich Beschäftigte, moderne Familien, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger, auf Sozialstaatlichkeit angewiesenen Rentner und Frührentner, Auszubildende, Studierende, Migranten: Alle fühlen sich zu großen Teilen von der SPD nicht mehr repräsentiert, können politische Inhalte der SPD nicht mehr auf sich beziehen, verstehen die Funktionärsprache nicht, sind aufgeschreckt von sozialen Einschnitten, ahnen handwerkliches Stückwerk und Lobbyeinfluss in Gesetzesvorlagen, vermissen das sozialdemokratische Ethos als politische Leitlinie, durchschauen sogenannte von Sachzwängen geleitete Entscheidungen, misstrauen den Karrieren der Schröders und Clements, sehen die gleichbleibend ungerechte Behandlung von Frauen, Kindern, Migranten, Minderheiten und Außenseitern, spüren am Arbeitsplatz und im Gesundheitswesen die Zweiklassengesellschaft und erinnern sich an verbale Ausfälle von Schröder bis Sarrazin. ■

↳ Dr. Daniel Gardemin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

↳ Prof. Dr. Heiko Geiling ist wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.